

## Niederschrift über die 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 23.01.2013, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

### Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Herr Norbert Frieling	CDU	
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	
Herr Uwe Kombrink	CDU	ab 16.10 Uhr, TOP 2 ö. S.
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr Ralf Nielsen	SPD	Vertretung für Thomas Stallmeyer
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	bis 19.15 Uhr, TOP 4 ö. S.
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Inge Walfort	SPD	
<b>beratende Mitglieder</b>		
Herr Klaus Schneider	Aktiv für Coesfeld	ab 16.45 Uhr, TOP 3 ö. S.
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	bis 18.30 Uhr
Herr Holger Ludorf	FB 60	bis 19.35 Uhr
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Als Gäste zu TOP 3           Dipl.-Ing. Architekt Ulrich Bock  
                                  Dipl.-Ing. Architekt Meinhard Neuhaus  
                                  Herr Wolfgang Wismann  
                                  Herr Sven Wismann

Als Gast zu TOP 4           Herr Baumert (Ing.Gesellschaft Brilon, Bondzio, Weiser)

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:00 Uhr.

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Werkstatt Innenstadt-Berkel April 2013  
Vorlage: 012/2013
- 3 Neubebauung des Postgrundstücks  
Vorlage: 007/2013
- 4 Anregung gem. § 24 GO NRW auf Versagung des gemeindlichen Einvernehmens  
Vorlage: 004/2013
- 5 Konzept für die leistungsfähige Verkehrsabwicklung auf dem inneren Ring  
Vorlage: 293/2012
- 6 Lärmaktionsplanung: Ergebnisse der Lärmkartierung  
Vorlage: 011/2013
- 7 8. Änderung Bebauungsplan Nr. 5 "Neuordnung der Innenstadt"  
Vorlage: 015/2013
- 8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Umgebungspläne an den Haltepunkten  
Vorlage: 006/2013
- 9 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:  
Vorlage: 014/2013
- 10 Kreuzung Am Tüskenbach / Hohes Feld  
Vorlage: 005/2013
- 11 Abschlussbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen und Tätigkeitsbericht der Bauordnung  
Vorlage: 002/2013
- 12 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung übergibt Frau Ahrendt-Prinz dem Vorsitzenden einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 4 ö. S.

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Ein Bericht liegt nicht vor.

TOP 2	Werkstatt Innenstadt-Berkel April 2013 Vorlage: 012/2013
-------	---

Die Fraktionen begrüßen den Einstieg in die Thematik. Zum Ablauf der Werkstatt wird ange-regt, neben den in der Sitzungsvorlage aufgeführten Teilnehmern auch unvoreingenomme-ne, interessierte Akteure einzubeziehen und die Fraktionen zu beteiligen.

### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur weiteren Vertiefung des Handlungskonzeptes Innenstadt und für die Erarbeitung der Projektstudie „BerkelSTADT Coesfeld“ die Werkstatt Innenstadt-Berkel durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

TOP 3	Neubebauung des Postgrundstücks Vorlage: 007/2013
-------	--

Ergänzend zur Sitzungsvorlage führt Herr Backes aus, dass Ziel des heutigen Berichtes die Darstellung des aktuellen Sachstandes sei. Es solle aufgezeigt werden, welche Überlegun-gen hinter dem Konzept stehen gezeigt werden, welche alternativen Überlegungen zu dem Konzept geführt hätten.

Architekt Bock führt zunächst aus, dass das vorhandene Gebäude nicht für eine gewerbliche Nutzung geeignet sei und abgerissen werden müsse, wobei das Untergeschoss mit der vor-handenen Tiefgarage jedoch erhalten bleiben könne. Die bisherige Festsetzung des Bebau-ungsplanes als Fläche für Gemeinbedarf - Post werde durch die endgültige Aufgabe des Poststandortes funktionslos. Das Grundstück biete die historische Chance, die Innenstadt zwischen Kupfer-, Post-, David- und Süringstraße aufzuwerten. Unter Berücksichtigung der

Vorgaben des Einzelhandelsgutachtens könnten größere Einzelhandelsflächen geschaffen werden, wodurch interessante Anbieter nach Coesfeld geholt werden könnten.

Herr Neuhaus gibt anschließend eine städtebauliche Analyse und erläutert das Entwicklungspotenzial. Er betont, dass das Engagement, die Innenstadtberkel aufzuwerten, unterstützt werde. Anschließend stellt er dem Ausschuss die erarbeiteten vier Entwurfsvarianten vor und erläutert die jeweiligen Vor- und Nachteile.

#### Entwurf 1:

Baukörper mit einheitlicher Fassade und großzügigen Verkaufsflächen sowie separatem Parkhaus auf westlich angrenzender Fläche.

#### Entwurf 2:

Autarkes Gebäude mit Einzelhandels- und Parkflächen auf eigenem Grundstück.

#### Entwurf 3:

Gebäude mit unregelmäßiger Fassadengestaltung, Überbauung der Berkel und Überbauung durch einen Parkriegel bis zur Süringstraße.

#### Entwurf 4:

Baukörper mit Einzelhandel und Büros auf dem heutigen Postgrundstück, ergänzende Bebauung und Nutzung des Eckgrundstückes Davidstraße/Süringstraße, ergänzende Bebauung der heutigen Parkplätze Davidstraße und Schließung der Baulücke an der Süringstraße, Bündelung aller Stellplätze aus diesem Umfeld durch Errichtung eines städtischen Parkhauses auf dem Grundstück des ehemaligen Möbelhauses an der Süringstraße.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile sei der Entwurf 2 weiterentwickelt worden. Der Entwurf 4 sei städtebaulich sicher ideal, allerdings nicht umzusetzen, da die direkte Anbindung der Parkplätze an die Einzelhandelsflächen von den Mietern zur Bedingung gemacht werde. Vorgesehen seien eine dreigeschossige Bebauung mit Einzelhandels- und Büroflächen und ein zurückliegendes Staffelgeschoss mit Wohnungen. Neben den im Kellergeschoss vorhandenen 58 Stellplätzen seien weitere 15 bis 16 Stellplätze je Etage im angegliederten Parkhaus geplant. Die Gestaltung erfolge mit Ziegelsteinen und großzügigem Glasanteil. Ergänzend zeigt Herr Neuhaus die Höhenentwicklung in Bezug auf die Nachbarbebauung auf und stellt anhand von Fotomontagen und Perspektiven das Einfügen in die vorhandene Bebauung dar. Herr Bock weist ergänzend darauf hin, dass die Gespräche mit den Interessenten nur fortgeführt werden können, wenn seitens der Stadt Coesfeld das Signal gegeben werde, dass auf der Grundlage des Entwurfs 2 weiter verhandelt werden könne. Die Planung für die Neubebauung des Postgrundstücks sei ein erster Schritt, der weitere positive Entwicklungen für die Innenstadt nach sich ziehen werde.

In der ausführlichen Erörterung ist Herr Tranel für die CDU-Fraktion der Auffassung, dass die Planung in die Diskussion mit den Bürgern im Rahmen des Handlungskonzeptes Innenstadt einbezogen werden müsse. Er bedauert, dass der Entwurf 4 verworfen worden sei. Gerade diese Variante biete vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten. Es sollten alle Konzepte gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden. Zu berücksichtigen sei dabei auch die Verkehrsentwicklung. Auf Nachfrage erläutert Herr Backes, dass der heutige Bebauungsplan speziell auf die bisherige Nutzung als Postgebäude zugeschnitten sei. Mit dem Wegfall des Gebäudes entfalle die inhaltliche Begründung, so dass das Vorhaben nach § 34 BauGB beurteilt werde. Dieses betreffe sowohl die Art als auch das Maß der baulichen Nut-

zung. Allerdings habe der Rat auch die Möglichkeit, den Bebauungsplan an die Gegebenheiten anzupassen. Ob eine Anpassung erforderlich ist, müsse noch geprüft werden.

Herr Kraska spricht sich für die FDP-Fraktion ebenfalls für die Diskussion mit den Bürgern in den Werkstätten aus und weist auf die bereits heute kritische Verkehrssituation hin. Man müsse sich schon jetzt Gedanken über den Verkehrsfluss und den Nachweis ausreichender Parkflächen machen, damit die Attraktivität als Einkaufsstadt erhalten bleibe.

Frau Ahrendt-Prinz ist ebenfalls der Meinung, die Maßnahme im Zusammenhang mit dem integrierten Handlungskonzept mit den Bürgern zu diskutieren. Darüber hinaus sei auch wichtig, wie die Einzelhandelsflächen genutzt werden. Gerade im Innenstadtbereich müssten Lebensmittel erhältlich sein.

Herr Nielsen spricht sich für die SPD-Fraktion dafür aus, die Planung umzusetzen.

Herr Peters vermisst für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. in der Planung die Verbindung zur Süringstraße. Es bestehe die einmalige städtebauliche Chance, auch die Berkel in diesem Bereich aufzuwerten. Seine Fraktion spreche sich ebenfalls dafür aus, die Bürgerwerkstatt abzuwarten.

Im Anschluss an die Diskussion ergänzt Herr Wolfgang Wismann, dass 60 bis 70 % der Mietflächen bereits jetzt vergeben werden könnten. Es handele sich um Filialisten, die noch nicht in Coesfeld vertreten seien. Die Interessenten seien bereit, langfristige Mietverträge abzuschließen. Die ansprechende Planung mit integriertem Parkhaus ermögliche die für die Investoren notwendigen kurzen Wege. Dafür werde auf ca. 1.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche verzichtet. Bei einer kalkulierten Bauzeit von 15 Monaten müsse die Maßnahme spätestens im März 2015 beendet sein.

Zu den möglichen Nutzungen verweist Herr Backes auf die Vorgaben des Einzelhandelskonzeptes. Nur dieser Standort biete die Möglichkeit, größere zusammenhängende Flächen für zentrenrelevanten Einzelhandel zu schaffen. Mittlere und größere Betriebe bedeute Filialisten. Wichtig seien in der Gesamtstadt ein vernünftiger Mix zwischen Filialisten und Einzelbetrieben und eine insgesamt vernünftige Qualität. Der Rahmen sei klar gesetzt, das Weitere werde der Markt regeln. Bei den städtebaulichen Anforderungen dürfe man nicht nur das Projekt sehen. Zu beachten sei die Vorprägung, das Umfeld und der weitere Raum. Daher seien die Workshops abzuwarten. Erst wenn die städtebauliche Lösung vorliege, könne auch die Verkehrssituation betrachtet werden.

Nach weiterer Diskussion nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4	Anregung gem. § 24 GO NRW auf Versagung des gemeindlichen Einvernehmens Vorlage: 004/2013
-------	--

Zu diesem TOP wurde zu Beginn der Sitzung ein ergänzender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beratung und Abstimmung vorgelegt.

Herr Schmitz erläutert die planungsrechtlichen Vorgaben und die öffentlichen Belange, die zu einer Versagung des gemeindlichen Einvernehmens führen können. Im Zusammenhang mit der geplanten Hähnchenmastanlage in Stockum konnte kein Punkt vorgebracht werden,

der die Versagung des Einvernehmens gerechtfertigt hätte. Einen Ermessensspielraum habe die Gemeinde nicht. Der Kreis als Genehmigungsbehörde könne im Übrigen das fehlende Einvernehmen ersetzen.

Frau Ahrendt-Prinz ist der Auffassung, dass der Bürgerantrag stellvertretend für viele Bürgerinnen und Bürger gestellt worden sei. Rat und Ausschuss stünden in der Verantwortung, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Nach ihren Informationen gebe es neue Rechtsgrundlagen, nach denen sehr wohl das gemeindliche Einvernehmen versagt werden könne. Viele offene Fragen zum Brandschutz, Boden- und Wasserschutz, Gesundheits- und Tierschutz seien nicht geklärt. Die Ratsmitglieder seien dem Wohl der Menschen, der Tiere und der Umwelt verpflichtet. Daher habe sie vor der Sitzung einen Antrag ihrer Fraktion, der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen möge sich intensiver mit dem Thema der Massentierhaltung befassen, an den Vorsitzenden übergeben.

Zu Beginn der Diskussion weist der Vorsitzende darauf hin, dass Rat und Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden seien.

Herr Tranel führt aus, dass es sich um ein schwieriges, gesellschaftspolitisches Thema handle, das auch in der CDU-Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Die von den Antragstellern vorgebrachten Argumente seien richtig, dennoch müsse der Rat rechtmäßig entscheiden. Insofern werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt. Die CDU-Fraktion stelle aber deutlich heraus, dass die Diskussion angestoßen werden müsse.

Die Sprecher der FDP- und SPD-Fraktion schließen sich dieser Auffassung an.

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Meinung, dass die Rechtslage auch hinsichtlich Entschädigungsansprüchen bei Versagung nicht eindeutig sei. Aufgrund der kommunalen Planungshoheit gehöre es zur Zivilcourage, das Einvernehmen für gewerbliche Tierhaltungen zu versagen. Es fehle an Nachhaltigkeit, der Einsatz von Antibiotika führe zu Resistenz bei Menschen, die Landschaft werde verunstaltet, die Gesundheit von Tieren gefährdet. Die Verwaltung handle zwar richtig, dennoch sollte es ein politisches Signal geben. Die Nachhaltigkeit dürfe im Sinne nachfolgender Generationen nicht verspielt werden.

#### **Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen sich intensiver mit dem Thema der gewerblichen Tierhaltung befassen soll.

Die Belange des Brandschutzes, des Bodenschutzes, der Kotentsorgung und die Gefährdung der Gesundheit durch Bioaerosole sollen durch externe Fachleute dem Ausschuss vorgestellt und zur Diskussion gebracht werden.

#### **Beschlussvorschlag der Antragsteller:**

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB wird für alle Massentierhaltungsanlagen des Außenbereichs aus den sich aus § 35 BauGB ergebenden Gründen versagt.

#### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Dem in der Anlage befindlichen Antrag gem. § 24 Gemeindeordnung NRW wird nicht gefolgt. Den Antragstellern wird die im Sachverhalt aufgeführte Begründung mitgeteilt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschluss 1 (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)	3	7	1
Beschluss 2	3	8	0
Beschluss 3	8	3	0

Damit sind die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgerantrag abgelehnt.

TOP 5	Konzept für die leistungsfähige Verkehrsabwicklung auf dem inneren Ring Vorlage: 293/2012
-------	--

Zunächst zeigt Herr Baumert die derzeitige Situation auf. Entgegen der Erwartungen habe der Verkehr im Vergleich zu 2004 aufgrund des demografischen Wandels abgenommen. Bis 2025 werde die Einwohnerzahl weiter sinken, die Anzahl älterer Menschen werde steigen, wobei die Anzahl der Fahrten jedoch rückläufig sein werde. Rein rechnerisch lag 2012 eine ausreichende Verkehrsqualität vor. Dennoch sei eine Verbesserung des Verkehrsflusses erforderlich, da insbesondere durch nicht aufeinander abgestimmte Ampelschaltungen der Verkehr stocke.

Anschließend stellt Herr Baumert ausführlich die erarbeiteten Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses an besonderen Knotenpunkten vor. Insbesondere die Situation im Bereich des Knotenpunktes Basteiring/Borkener Straße/Gerichtsring/Süringstraße sei bereits ohne die geplante Neubebauung des Postgrundstücks mangelhaft. Zusätzliche Abbiegespuren und eine Anpassung der Ampelschaltungen mit dem Knotenpunkt Rekener Straße/Kupferstraße/Wiesenstraße könnten zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Dabei müsse auch über eine Aufgabe der umlaufenden Grünphase für Fußgänger nachgedacht werden.

In der Diskussion bemängelt Herr Kraska für die FDP-Fraktion, dass die Verkehrszählungen zu unterschiedlichen Jahreszeiten durchgeführt wurden, der Anteil der Radfahrer sei in den Sommermonaten höher. Er sehe die vorgestellten Zahlen kritisch und halte eine saisonbereinigte Zählung für erforderlich.

Nach weiterer Erörterung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6	Lärmaktionsplanung: Ergebnisse der Lärmkartierung Vorlage: 011/2013
-------	--

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen nimmt den Bericht nach Erläuterung und Information über die weiteren Schritte und den Zeitplan durch Herrn Ludorf zur Kenntnis.

TOP 7	8. Änderung Bebauungsplan Nr. 5 "Neuordnung der Innenstadt" Vorlage: 015/2013
-------	--

**Beschlussvorschlag 1:**

Es wird beschlossen, die Anregung des Abwasserwerkes Coesfeld zu berücksichtigen und die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 2:**

Es wird beschlossen, die Anregungen der Telekom zu berücksichtigen und die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 3:**

Es wird beschlossen, die Anregung des LWL-Archäologie für Westfalen zu berücksichtigen und die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 4**

Es wird beschlossen, der Anregung der Stadtwerke Coesfeld nicht zu folgen und die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 5**

Es wird beschlossen, die Bedenken des Kreises Coesfeld dahingehend zu berücksichtigen, dass eine schaltechnische Untersuchung zur Klärung des Sachverhalts durchgeführt wird und die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen. Das Lärmgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass keine Vorbelastung zu beachten ist.

Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 6:**

Es wird beschlossen, die Anregung von Herrn Büsker nicht zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 7:**

Die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Neuordnung der Innenstadt“ wird unverändert gegenüber Stand zur öffentlichen Auslegung als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509),

gem. § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW Seite 256) in der zzt. gültigen Fassung,

gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in der zzt. gültigen Fassung.

**Beschlussvorschlag 8:**

Die Begründung zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Neuordnung der Innenstadt“ in der Fassung vom Dezember 2012 mit unwesentlichen redaktionellen Änderungen wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlüsse 1 – 5	10	0	0
Beschluss 6	9	1	0
Beschluss 7	9	0	1
Beschluss 8	9	0	1

TOP 8	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Umgebungspläne an den Haltepunkten Vorlage: 006/2013
-------	--

Frau Ahrendt-Prinz teilt mit, dass der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine kleinere Lösung in Form einer Tafel am Haltepunkt im DIN A 3 Format vorschwebe, auf der kurz und knapp über die wichtigsten Einrichtungen informiert werde.

Herr Peters begrüßt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. den Antrag und regt an, einen einfachen Schaukasten als Orientierung zu installieren. Frau Walfort weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass am Hauptbahnhof nicht einmal ein Stadtplan vorhanden sei.

Nach weiterer Diskussion, in der Herr Kombrink für die CDU-Fraktion anregt, im Bereich des Kreisverkehrs Gartenstraße ein Hinweisschild in Richtung Innenstadt aufzustellen, fasst der Ausschuss den

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für das Aufstellen eines Umgebungsplanes am Haltepunkt Schulzentrum, Hauptbahnhof Coesfeld und am Haltepunkt Lette zu ermitteln.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	10	0	0

TOP 9 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:  
Vorlage: 014/2013

Ergänzend zur Sitzungsvorlage teilt Herr Schmitz mit, dass der Parkplatz nicht als solcher öffentlich gewidmet sei und seit Jahrzehnten den Besuchern der Laurentiuskirche zu Verfügung stehe. Warum eine Widmung nicht erfolgt sei, konnte nicht geklärt werden. Insofern bestehe keine Möglichkeit, nach der Straßenverkehrsordnung tätig zu werden.

Die Rechtslage sei aber aus einem anderen Blickwinkel zu beleuchten: Da diese Anhänger mit Werbeplakaten versehen und vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar seien, handele es sich um ortsfeste Einrichtungen der Außenwerbung. Sie seien baugenehmigungspflichtig, wenn sie für längere Zeit oder immer wieder für kürzere Zeit an bestimmter Stelle abgestellt werden. Maßgeblich sei, ob mit dem Werbeanhänger wie mit einer Werbeanlage oder Werbetafel von einem festen Standort aus geworben werde. Es handele sich also um Werbeanlagen im Sinne der Landesbauordnung, deren Beseitigung im Wege ordnungsbehördlicher Verfahren durchzusetzen wäre. Bei der Vielzahl der im Stadtgebiet aufgestellten Anhänger sei ein flächendeckendes Einschreiten mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten.

TOP 10 Kreuzung Am Tüskenbach / Hohes Feld  
Vorlage: 005/2013

Die Nachfrage aus dem Ausschuss nach der Anzahl der Unfälle wird im Protokoll beantwortet.

**Antwort der Verwaltung:**

*Vom 16.04.2009 bis 12.09.2012 ereigneten sich im Kreuzungsbereich 5 Verkehrsunfälle.*

TOP 11 Abschlussbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen und Tätigkeitsbericht der Bauordnung  
Vorlage: 002/2013

Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Anfragen

Herr Kraska erkundigt sich nach dem Kostenträger für die Reinigung des Parkplatzes „Am Tüskenbach“.

Die Verwaltung wird im Protokoll antworten.

**Antwort der Verwaltung:**

*Die Reinigung erfolgt durch den Baubetriebshof.*

Herr Nielsen erkundigt sich nach einem Schreiben des Fachbereiches 70 an die Anlieger des Baugebietes „Im Großen Esch“ in Bezug auf die Straßenreinigung.

Da Herr Dickmanns nicht anwesend ist, wird die Verwaltung im Protokoll antworten.

**Antwort der Verwaltung:**

*Im Rahmen der Anpassung der Straßenreinigungssatzung wurden die Straßen „Zur Stegge“ und „Nikolaus-Groß-Straße“ aufgenommen und als Anliegerreinigung eingestuft. Die Anlieger wurden entsprechend informiert.*

Norbert Frieling  
Vorsitzender

Eike Schwering  
Schriftführerin